

Konflikt über Berliner Sparpolitik	2
Beurlaubte Beamte können „riestern“	2
Bundesverwaltungsgericht zur Versorgungsrücklage	2
Haushaltssicherungsgesetz in Brandenburg	3

INFORMATIONEN

für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-informationen.de

Die wichtigsten Eckpunkte des neuen Tarifvertrags

Stufen und Kröten

Nach langen, harten Verhandlungen haben sich die Tarifparteien am vergangenen Freitag auf einen neuen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst geeinigt. Er sieht eine gestufte Erhöhung der Entgelte vor: Für November und Dezember 2002 gibt es einmalig 7,5 Prozent der Vergütung, maximal jedoch 185 Euro im Westen und 166,50 Euro im Osten. Eine weitere Einmalzahlung von maximal 50 Euro folgt im November 2004. Die Löhne und Gehälter steigen rückwirkend zum 1. Januar 2003 um 2,4 Prozent, zum 1. Januar und 1. Mai 2004 jeweils um 1 Prozent. Das gleiche gilt für Auszubildende, deren Übernahme für ein Jahr gesichert ist.

Dafür mussten die Gewerkschaften einige Kröten schlucken: Der Tarifvertrag hat eine lange Laufzeit von 27 Monaten. Oberhalb der Vergütungsgruppe IVa (entspricht A 11) treten die Erhöhungen drei Monate verzögert in Kraft. Per „Stufenmoratorium“ wird zwischen Januar 2003 und Dezember 2004 für eine höhere Lebensaltersstufe ein Jahr lang nur der halbe Einkommenszuwachs gezahlt, erst danach die volle Summe. Der Arbeitszeitverkürzungstag fällt ab 1. Januar 2003 weg.

Die Tarifangleichung Ost rückt zwei Schritte näher: 91 Prozent des Westniveaus ab dem 1. Januar 2003 und 92,5 Prozent ein Jahr später. Weitere Stufen sind in der nächsten Tarifrunde zu vereinbaren. Dafür werden die Beschäftigten in den neuen Ländern schrittweise an der Finanzierung ihrer Zusatzversorgung beteiligt.

Nach dem Tarifabschluss nun die Besoldungsanpassung

„Den Ausschlag gab das gemeinsame Vorgehen“

Stärker als in vergangenen Jahren haben sich gewerkschaftlich organisierte Beamtinnen und Beamte in die Tarifaueinandersetzung 2002 eingemischt. Sollten die öffentlichen Arbeitgeber sie dennoch vom Ergebnis abkoppeln wollen, kündigt Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär bei ver.di, schon mal „eine Menge Ärger“ an.

■ Auftakt-Kundgebung am 25. Oktober in Köln, Demo am 5. Dezember in Bremen – die in ver.di organisierten Beamtinnen und Beamte haben sich in dieser Tarifrunde sehr engagiert. Was hat es gebracht?

Weber: Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen haben wir für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein gutes Ergebnis erreicht: die „drei vor dem Komma“ und die Ostangleichung bis 2007. Es ist eher unwahrscheinlich, dass ein Arbeitskampf mehr gebracht hätte. Den Ausschlag gab unser gemeinsames Vorgehen mit allen Beschäftigtengruppen. Kein Zweifel, die Beamtinnen und Beamten waren noch nie so gut in eine Tarifrunde einbezogen und so aktiv wie diesmal. Dies gilt für die Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen wie für die Berücksichtigung ihrer Interessen bei den Tarifverhandlungen. Unser Ziel bleibt aber weiter, volle Verhandlungsrechte für Beamtinnen und Beamte durchzusetzen.

■ Hat die Forderung, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung zu

übertragen, bei den Verhandlungen eine Rolle gespielt?

Weber: Ver.di hat die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung angesprochen. Der Entscheidungsvorbehalt liegt zwar bei den Parlamenten, aber bei den Berechnungen in den Verhandlungen wurden die Besoldung und die Versorgung immer einbezogen. Den Arbeitgebern scheint auch klar zu sein, dass sie eine Menge Ärger bekommen werden, wenn sie die Beamtinnen und Beamten einmal mehr abkoppeln wollen.

■ Mit der Besoldungsanpassung ist jetzt der DGB als Spitzenorganisation am Zug. Kritik einiger Landes- und Kommunalvertreter nach Ende der Verhandlungen lässt ein konfliktreiches Gesetzgebungsverfahren befürchten. Was erwartet ver.di?

Weber: Unser Ziel ist es, gemeinsam mit dem DGB die Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen, Beamte und VersorgungsempfängerInnen sicherzustellen. Die Bundesregierung sollte einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Wie letztlich die einzelnen Bestandteile des Tarifabschlusses konkret umgesetzt werden, wird sich in den Gesprächen mit der Bundesregierung klären.

■ Wann ist mit einem ersten Gesetzentwurf zu rechnen?

Weber: Das ist derzeit noch nicht zu beantworten. Wir werden jedoch auf eine zügige Vorlage drängen.

■ Mehr Informationen zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst gibt es im Internet unter www.verdi.de und www.tarifvertrag.de.



Konflikt um Berliner Sparpolitik spitzt sich zu

Fakten schaffen

Der Berliner Senat verschärft den Konflikt mit den Gewerkschaften. Weil die Hauptstadt auch nach ihrem fristgerechten Austritt aus den Arbeitgeberverbänden an den neuen Tarifvertrag gebunden wäre, ist sie am 8. Januar fristlos ausgetreten. Ver.di-Vorsitzende Susanne Stumpfenhusen hält das für „juristisch abenteuerlich“ und kündigte rechtliche Schritte an.

Gleichzeitig schafft der Senat weitere Fakten, zum Beispiel mit einem zentralen Personalüberhangmanagement beim Finanzsenator. „Das verstößt gegen die Beschäftigungssicherungsvereinbarung von 1999“, rügt Uwe Januszewski vom Hauptpersonalrat. Nach der bestehenden Regelung bleiben die Betroffenen in ihrer Dienststelle, bis ein neuer Posten gefunden ist. Fortbildung und Vermittlung laufen zentral. „Damit gehen Bindungen nicht verloren und die Betroffenen behalten ihren Personalrat,“ begründet Januszewski. Der Zentralisierung soll auch die Mitbestimmung des Personalrats bei einer Versetzung zum Opfer fallen. Der Senat will für diesen Tatbestand das Personalvertretungsgesetz ändern.

Seit dem 8. Januar gilt die 42-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte. Dies fördere den „Vergreisungsprozess“ ohne unmittelbar Einsparungen zu erzielen, kritisierte GdP-Chef Eberhard Schönberg. Zwar gesteht der Senat ein, dass die Erhöhung arbeitsmarktpolitisch problematisch ist, sieht sich jedoch wegen des „Nichtzustandekommens des Solidarpakts“ dazu gezwungen. Sollte dieser doch noch zustande kommen oder die Bundesratsinitiative für Öffnungsklauseln in der Besoldung durchkommen, werde die Verlängerung zurückgenommen.

Neue Verhandlungen hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit jedoch abgelehnt, da er kein Einlenken der Gewerkschaften erkenne. Dabei hatten diese vorgeschlagen, vor allem mit freiwilliger Teilzeit bis zu 250 Millionen Euro pro Jahr einzusparen.

Beurlaubte Beamtinnen und Beamte können „riestern“ Förderberechtigt

Auch beurlaubte und in-sich-beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind bei der Riester-Rente förderberechtigt. Sie erhalten den steuerlichen Zuschuss zur privaten Altersvorsorge für 2002, wenn sie bis zum Ende des vergangenen Jahres einen Riester-Rentenversicherungsvertrag abgeschlossen und Beiträge eingezahlt haben. Das haben Bundestag und Bundesrat noch im Dezember mit einer Änderung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 beschlossen.

Damit sind etwa 60.000 Frauen und Männer vor allem in den privatisierten Unternehmen Post, Telekom und Postbank in die staatlich geförderte Altersvorsorge einbezogen, die ohne Dienstbezüge beurlaubt sind und deren Beurlaubungszeit beim Ruhegehalt angerechnet wird.

Mit dem „RentenPlus“ haben DGB, ver.di, GEW, Transnet, IG BAU und IG BCE besonders günstige Angebote für ihre beamteten Mitglieder entwickelt, die entscheidende Vorteile gegenüber vergleichbaren Produkten auf dem Markt aufweisen. Um die Förderung zu bekommen, müssen Beamtinnen und Beamte schriftlich einwilligen, dass ihr Arbeitgeber Daten zur Besoldung an die Prüfstelle weitergeben darf.



www.Das-RentenPlus.de

Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Rücklage Keine Beiträge

Die Bildung von Rücklagen für die Beamtenversorgung ist verfassungsgemäß. Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes sind solche Abschläge von den Dienst- und Versorgungsbezügen für die Beamtenversorgung mit den Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbar (2 C 34.01 vom 19. Dezember 2002). In den Jahren 1999, 2000 und 2001 wurden dazu die Bezüge der Beamtinnen und Beamten um jeweils 0,2 Prozent gemindert. Davon haben Bund und Länder Versorgungsrücklagen gebildet.

Die Verminderungen seien keine Beiträge im Rechtssinne, so dass die Beamtinnen und Beamten nicht zu Eigenleistungen zur Versorgungsfinanzierung herangezogen würden, begründete das Gericht. Der Gleichheitssatz sei nicht verletzt, obwohl die abgesenkte Anpassung auch Besoldungsempfänger betrifft, die keinen Anspruch auf Ruhegehalt haben sowie Versorgungsempfänger, die keine Leistungen aus den Sondervermögen erhalten werden.



Die schriftlichen Entscheidungsgründe werden erst in einigen Monaten veröffentlicht, sind dann aber im Internet unter www.bverwg.de zu finden.

Jetzt auch für Sie!
Private Vorsorge
mit staatlicher Förderung.

Nehmen Sie sich, was Ihnen zusteht. Jetzt!
Für meine Zukunft seh' ich blau.

www.bhw.de

Auch Ihnen stehen staatliche Fördergelder für die private Vorsorge zu. Wieviel – das sagt Ihnen Ihr BHW Berater. Oder die Förder-Hotline anrufen: 0180/22 44 412 (0,06 € pro Gespräch).

BHW
Ihr FinanzPartner
Haus · Geld · Vorsorge

Brandenburg: Spargesetz trifft vor allem das Personal

Nur noch Kernaufgaben

Mit mehr Stellenabbau, Einstellungs- und Beförderungsstopp sowie Zusammenarbeit mit Berlin will Brandenburgs Regierung die Haushaltsmisere in den Griff bekommen. Ver.di sieht viel Diskussionsbedarf bei dem Entwurf eines Haushaltssicherungsgesetzes und warnt vor Schnellschüssen.

Statt 9.300 Stellen innerhalb von sechs Jahren sollen bis Ende 2007 im Landesdienst 12.000 Stellen wegfallen. Im Gesetzentwurf ist die Rede ist von „sozialverträglichem Abbau“ auf rund 54.200 Stellen. Etwa 4.100 Stellen seien schon eingespart. Mit Abfindungen will die Landesregierung 2007 allein 2.200 Lehrerstellen abbauen, da die Schülerzahlen sinken.

In den Verwaltungen gilt bereits ein Einstellungs-, Beförderung- und Höhergruppierungsstopp. Polizei-AnwärterInnen erhalten dem Entwurf zufolge keine Übernahmezusage. Dennoch soll ein Einstellungskorridor notwendige Einstellungen in einzelnen Bereichen ermöglichen.

Die Verwaltung soll nur noch Kernaufgaben wahrnehmen, die ihr Gesetze oder Verordnungen vorschreiben, und weitere

Leistungen ausgliedern. Das betrifft unter anderem die Straßenbauverwaltung, Bezüge- und Beihilfewesen, das Landesamt für Geowissenschaften und die Landesforstanstalt Eberswalde. Ämter und Verwaltungen der Hochschulen Potsdam und Cottbus sollen gebündelt werden. Mit dem Land Berlin zusammengelegt werden könnten die Polizei-Fachhochschule, die Akademie für öffentliche Verwaltung, die Hochschulplanung und die Oberfinanzdirektion Cottbus.

In den Ministerien und der Staatskanzlei soll es 2005 nur noch 42 AbteilungsleiterInnen geben. Wer neu in diese Position kommt, kann nicht mehr mit Besoldungsgruppe B6, sondern nur mit B5 rechnen.

Im Haushalt 2003 fehlen rund 620 Millionen Euro. Werner Ruhnke, Leiter des ver.di Landesbüros Brandenburg, fordert die Landesregierung auf, mehr über neue Einnahmen nachzudenken. Die Regierung spreche nur über die Finanzmisere, bei der Problemlösung sei sie "völlig fantasielos". Der öffentliche Dienst dürfe nicht als "Ausfallbürge" für eine verfehlte Steuerpolitik missbraucht werden, mahnt ver.di.



Der Gesetzentwurf kann angefordert werden im ver.di Landesbüro: Tel.: 0331/28439-0, Mail: werner.ruhnke@verdi.de

Exklusiv für Deutschlands öffentlichen Dienst!

BSA-Versorgungswerk:

Versichert sein – und Beitrag sparen!

Dem BSA* sei Dank! Jetzt gibt es Versicherungsschutz für BSA-Mitglieder mit spürbaren Beitragsvorteilen von bis zu 5,5%. Beim privaten Rundumschutz. Bei der Altersvorsorge. Bei der Dienstunfähigkeitsabsicherung – z.B. mit dem Einkommen-Sicherungsplan. Und – neuerdings – auch bei der privaten Krankenversicherung.

Profitieren auch Sie von einer Mitgliedschaft im BSA! Sicherheitshalber.

* Das BSA-Versorgungswerk ist eine Gründung des für die Vermittlung von Einkaufsvorteilen bekannten BSW Verbraucher-Service in Zusammenarbeit mit der DBV-Winterthur.

NEU: Jetzt auch Beitragsvorteile bei der privaten Krankenversicherung!

DBV-Winterthur Versicherungen
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden
Telefon (01 80) 3 20 21 46
Telefax (01 80) 3 20 21 47

Die Unkomplizierten.

DBV-winterthur



ANGERISSEN

Gegen die Abschaffung der **Polizei-Reiterstaffel** demonstrierten BürgerInnen und Polizei in Düsseldorf unter dem Motto „Hände weg von unseren Polizeireitern“.

6,4 Prozent **Schwerbehinderte** arbeiteten laut Gesundheitsministerium 2001 im Bundesdienst. Die Pflichtquote liegt bei sechs Prozent.

Immer mehr LehrerInnen verlassen **dienstunfähig** die Schule. Eine Untersuchung dazu hat das Institut für Wirtschaftsforschung in Köln im iwd 50/2002 veröffentlicht. www.iwkoeln.de

Eine Studie zur „Förderung der Chancengleichheit ethnischer **Minderheiten** im öffentlichen Dienst“ veröffentlicht das Landeszentrum für Zuwanderung NRW unter www.lzz-nrw.de

Die „Arbeitsgemeinschaft gegen kommunalen Ausverkauf“ von Parteien, Attac, Gewerkschaften und BUND will im Ruhrgebiet den **Ausverkauf** kommunaler Leistungen verhindern.

Der DGB Nord erwartet von der Kieler Landesregierung eine Mitarbeiter-Befragung zur **Verwaltungsmodernisierung** und eine offene Debatte über die Verwaltungsstrukturen.

Die Preisträger des sechsten **Qualitätswettbewerbs** der Verwaltungshochschule Speyer werden im Internet unter www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb vorgestellt.

Das Renten Plus

www.Das-RentenPlus.de

INTERNETVERZEICHNIS

www.klinikverzeichnis-online.de

Die Internetplattform für Heilkuren, Kliniken, Beihilfeschritten und PKV

www.dbw-online.de

DBW-Ratgeberreihe für Beschäftigte im öffentlichen Dienst / Sektor

– Anzeige –

Höhere Zulage

Der Bundesrat hat trotz der Bedenken des Innen- und der Ablehnung des Finanzausschusses einer Änderung der Erschweriszulagenverordnung zugestimmt. Soldaten sowie Polizeibeamtinnen und -beamte in besonderen Einsatzgruppen erhalten demnach höhere Erschweriszulagen. Profitieren werden die Soldaten im Kommando Spezialkräfte, Flieger der Bundeswehr, das Spezialkommando GSG 9 und die mobilen Einsatzkommandos beim Bundeskriminalamt. Der DGB begrüßte die Entscheidung, forderte aber, die Erhöhung auf Landesbeamtinnen und -beamte zu übertragen.

LANDESNACHRICHTEN Hamburg

Lehrermangel

GEW-Meldungen über Lehrermangel hatte Hamburgs Schulsenator Rudolf Lange (FDP) zwar „ins Reich der Fabel“ verwiesen. Doch die Bildungsgewerkschaft legte nach: „Hamburg steht vor einem dramatischen Lehrermangel“, bekräftigte die Landesvorsitzende Dr. Stephanie Odenwald. Für das Referendariat gebe es 34 Prozent weniger Stellen, die Ausbildung sei aus Kostengründen von zwei auf eineinhalb Jahre verkürzt worden. Von 320 Bewerbungen seien in der letzten Runde nicht einmal die Hälfte zum Zuge gekommen. Langes Aus-

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 030/2 40 60-2 52,
Fax: 030/2 40 60-2 66
beamten.info@bundesvorstand.dgb.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid
Sehrbrock; Redaktion: Medienbüro
Dorothee Beck, Uwe Tillmann; Druck:
toennes satz + druck gmbh, erkrath;
Gestaltung: twmd GmbH

sage, der Senat schaffe jährlich 100 neue Lehrerstellen, rückte Odenwald zurecht. Bis Ende 2004 sollen zwar jährlich 100 Stellen hinzu kommen, damit werde jedoch nicht einmal der Stand bei Regierungsübernahme erreicht. Die Landesregierung habe allein im Schuljahr 2002/2003 die Stellen von 13.947 auf 13.600 reduziert. Zusätzliche LehrerInnen würden gebraucht, da die Gymnasialzeit von 13 auf zwölf Jahre verkürzt und eine dritte Sportstunde eingeführt worden sei.

Neue Regeln

Das Bundesfinanzministerium will das Postpersonalrechtsgesetz ändern. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll unter anderem die Einsatzmöglichkeiten der Beamtinnen und Beamten in- und außerhalb der privatisierten Unternehmen Post, Telekom und Postbank erweitern. Er sieht laut ver.di eine stärker leistungsabhängige Bezahlung

vor. Weihnachts- und Urlaubsgeld sollen gestrichen werden. Die Beschäftigten könnten beides mit entsprechender Leistung wieder erwirtschaften.

Ver.di hatte zuvor schon Neuerungen im Gesetz vorgeschlagen, um Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten der Beamtinnen und Beamten zu verbessern. Ver.di will zum Beispiel mit den Unternehmen vereinbaren, dass tarifliche Zulagen direkt auf Beamtinnen und Beamte übertragen werden. Auch sollen Dauer und Ende der Beurlaubung geregelt werden.

i Den ver.di-Entwurf gibt es im Internet unter www.verdi.de (Netzwerke, Beamtinnen und Beamte, Beamtenrecht)

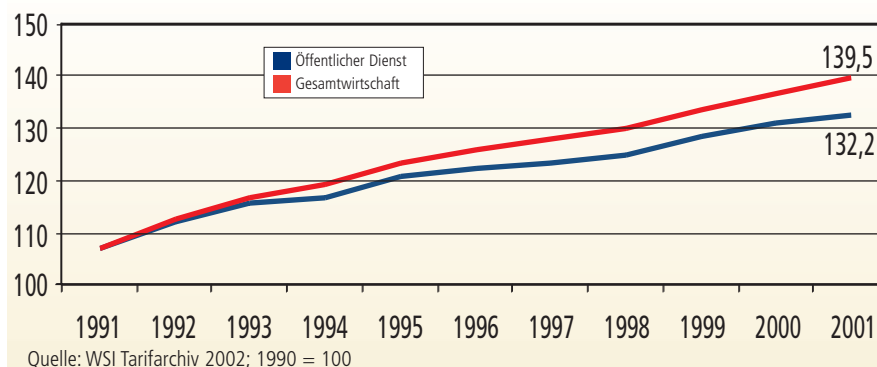
LANDESNACHRICHTEN Rheinland-Pfalz

Unverändert

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) zeigte sich bei einem Spitzengespräch mit den Gewerkschaften nicht bereit, das Sparpaket der Regierung noch einmal aufzuschnüren (siehe Beamten-Info 23/2002). In den kommenden Jahren sollen Leistungszulagen und -prämien ausgesetzt werden. AnwärterInnen erhalten keine Polizeizulage mehr und statt 300 Polizistinnen und Polizisten sollen nur noch 200 im Jahr eingestellt werden. Die Altersgrenze bei Polizei und Feuerwehr soll sich erhöhen, auf 62 Jahre im mittleren, 63 im gehobenen und 65 im höheren Dienst. Wie sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat zu Öffnungsklauseln in der Beamtenbesoldung verhalten wird, ließ Beck offen. Der DGB befürchtet, dass das Land zustimmen wird. Gegen Öffnungsklauseln wollen DGB, ver.di, GdP und GEW mit ihren hessischen Kolleginnen und Kollegen am 28. Januar vor dem Wiesbadener Landtag demonstrieren.

7,3 8² ZAHLEN.DATEN.FAKTEN

Tarifentwicklung: Der Abstand wächst



Die Schere zwischen den Tarifgehältern in der Gesamtwirtschaft und im öffentlichen Dienst geht immer weiter auseinander. Im Vergleich zu 1990 erhielten die Beschäftigten bei öffentlichen Arbeitgebern 7,3 Prozentpunkte weniger Entgelt als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.tarifvertrag.de